

Horizon Europe: Das Parlament bleibt gefordert



**TIANA ANGELINA MOSER, STÄNDERÄTIN
MITGLIED POLITIKTEAM FUTURE**

Nach dem materiellen Abschluss der Verhandlungen zu den «Bilateralen III» war das Aufatmen in der Wissenschaftsgemeinschaft gross: Dank der vollständigen Aktivierung der Übergangsregelung können sich Forschende und Innovationsakteure im Jahr 2025 an fast allen Ausschreibungen von Horizon Europe beteiligen. Im Februar kommunizierte der Bundesrat, dass das Abkommen zur Teilnahme der Schweiz an den EU-Programmen (EUPA) bereits im November unterzeichnet werden soll, was den Weg für eine Assoziierung an das Horizon-Paket rückwirkend ab Januar 2025 ebnet.

Schweizer Forschende und Unternehmen waren fast vier Jahre von prestigeträchtigen Einzelförderungen und Projektkoordinationen ausgeschlossen. Wir freuen uns, dass sich der Forschungs- und Innovationsplatz Schweiz jetzt wieder im Rahmen des weltweit grössten Förderprogramms vernetzen kann. Wir dürfen uns aber nicht in Sicherheit wähen. Das EUPA ist Bestandteil des neuen Vertragspakets. Je nachdem, wie sich Parlament und Stimmvolk zu den «Bilateralen III» entscheiden, könnte die Teilnahme der Schweiz am EU-Programm für Forschung und Innovation auch nur ein vorübergehendes Gastspiel sein.

Das Parlament verabschiedete im Jahr 2020 einen Rahmenkredit für die Beteiligung der Schweiz am Horizon-Paket 2021-2027. Es muss die Finanzmittel für die Assoziierung aber im Rahmen der jährlichen Bundesbudgets bestätigen. Wir bleiben also gefordert, wenn wir die internationale Positionierung des Forschungsstandorts Schweiz langfristig sichern wollen.

S. 2

ENTLASTUNGSPAKET 2027

Die Kürzungen werden sich auf den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft auswirken

Mit dem Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt sind im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Bereich) Kürzungen der finanziellen Mittel in der Höhe von mehr als 460 Millionen Franken pro Jahr vorgesehen.

S. 3

BFI-BEREICH: ENTLASTUNGSPAKET 2027 Einladung zu einem informellen Austausch zwischen Wissenschaft und Politik

MEDIZINSTUDIUM

Genügend Ärztinnen und Ärzte ausbilden

MOVETIA

WBK-S tritt weiterhin nicht auf Gesetzesrevision ein

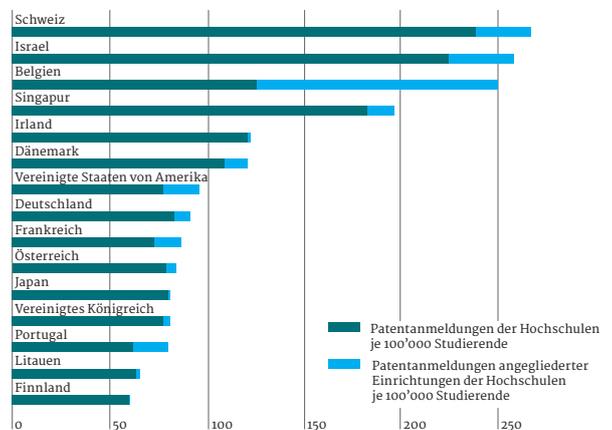
GVO-ANBAU

WBK-N will das Moratorium um fünf Jahre verlängern

S. 4

FACTS & FIGURES

Internationale Patentanmeldungen aus dem Hochschulbereich (2017-2021)



Impressum

Münstergasse 64/66, 3011 Bern / T +41 31 351 88 46
info@netzwerk-future.ch, www.netzwerk-future.ch
Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt. // © Netzwerk FUTURE 2025

ENTLASTUNGSPAKET 2027

Die Kürzungen werden sich auf den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft auswirken

Mit dem Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt sind im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Bereich) Kürzungen der finanziellen Mittel in der Höhe von mehr als 460 Millionen Franken pro Jahr vorgesehen. Die vom Bundesrat in der Vernehmlassung vorgeschlagenen Massnahmen werden es den Hochschulen zusätzlich erschweren, die von der Schweizer Wirtschaft benötigten Fachkräfte auszubilden. Auch der geplante Investitionsrückgang bei der Forschungs- und Innovationsförderung wird sich negativ auf die Schweizer Wirtschaft auswirken: ein vom Bund eingesparter Franken bedeutet einen volkswirtschaftlichen Verlust von bis zu fünf Franken.

Am 29. Januar 2025 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zum Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt eröffnet. Der Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Bereich) ist von den vorgeschlagenen Entlastungsmassnahmen besonders stark betroffen. Der Bundesrat schlägt Einsparungen von mehr als 460 Millionen Franken pro Jahr vor. Diese betreffen die Berufsbildung, die Weiterbildung, die Hochschulen sowie die Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung. Die vom Bundesrat vorgesehenen Sparmassnahmen laufen darauf hinaus, dass die Investitionen in den BFI-Bereich auf ein Niveau von vor über fünf Jahren zurückgesetzt werden. Dieser Investitionsrückgang wird weitreichende Folgen für die Schweizer Wirtschaft und die Gesellschaft haben.

Folgen für den Arbeitsmarkt

Der Bund ist Träger des ETH-Bereichs und beteiligt sich an der Finanzierung der Ausbildung der Studierenden an den kantonalen Universitäten und Fachhochschulen. Der Bundesrat möchte den finanziellen Beitrag des Bundes an alle Hochschultypen reduzieren. Wird die Kürzung der Bundesmittel nicht kompensiert, können die Hochschulen den erwarteten Anstieg der Studierendenzahlen (+18 Prozent in den nächsten zehn Jahren) nicht bewältigen

und den Bedarf der Wirtschaft an Fachkräften nicht decken. Wenn die fehlenden Bundesmittel, wie vom Bundesrat vorgeschlagen, durch höhere Studiengebühren kompensiert werden müssten, würde sich dies auf die Chancengerechtigkeit bei der Ausbildung auswirken und in den Kantonen zu zusätzlichen Ausgaben für Stipendien führen.

Starke wirtschaftliche Auswirkungen

Der Bundesrat schlägt vor, die Bundesbeiträge an den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und die Agentur für Innovationsförderung Innosuisse um je 10 Prozent zu kürzen. Mit den im Entlastungspaket 2027 vorgeschlagenen Kürzungen müsste der SNF in den Jahren 2027/2028 insgesamt 270 Millionen Franken einsparen. Er wäre dadurch gezwungen, die Finanzierung von rund 500 Forschungsprojekten abzuweisen, obwohl diese alle Kriterien für wissenschaftliche Exzellenz erfüllen. Zudem könnten so rund 1500 Stellen für junge Forscherinnen und Forscher nicht mehr finanziert werden. Die Auswirkungen der Einsparungen in der Forschungsförderung auf die Wirtschaft werden gemäss Studien zum Return on Investment auf mindestens 1 Milliarde Franken geschätzt. Demnach generiert ein in die Forschung investierter Franken einen volkswirtschaftlichen Nutzen von drei bis fünf Franken.

Parlamentsentscheide aufheben

Bei der Innosuisse sieht der Bundesrat eine Kürzung des Bundesbeitrags um mehr als 30 Millionen Franken pro Jahr vor. Mit den geplanten Massnahmen würden verschiedene vom Parlament im Rahmen einer Revision des FIFG bewilligte Anpassungen wieder rückgängig gemacht, dank denen die Innosuisse innovative Projekte und Start-ups agiler hätte unterstützen können. Gemäss aktuellen Schätzungen könnten jährlich über 60 innovative Projekte in Bereichen wie Digitalisierung sowie soziale oder ökologische Nachhaltigkeit, die gemeinsam von Wirtschaft und Wissenschaft getragen werden, nicht mehr finanziert werden. Mit dem wesentlichen Beitrag, welchen die Innovationsförderung von Innosuisse an die Wertschöpfung der geförderten Unternehmen leistet, werden die volkswirtschaftlichen Verluste auch ein Mehrfaches über den Einsparungen liegen.

BFI-BEREICH: ENTLASTUNGSPAKET 2027

Einladung zu einem informellen Austausch zwischen Wissenschaft und Politik — Seite 3

BFI-BEREICH: ENTLASTUNGSPAKET 2027

Einladung zu einem informellen Austausch zwischen Wissenschaft und Politik

Das Netzwerk FUTURE freut sich, die Mitglieder der eidgenössischen Räte zu einem informellen Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Schweizer Hochschulen und Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung einzuladen.

Der Austausch findet am Montag, den 17. März 2025, von 14:00 bis 17:00 Uhr im Saal 250 des Parlamentsgebäudes statt.

Die Gespräche werden sich auf die Auswirkungen des Entlastungspakets 2027 auf den BFI-Bereich und damit auch auf die Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft konzentrieren.

Folgende Persönlichkeiten werden für Fragen der Parlamentsmitglieder zur Verfügung stehen:

- Akademien der Wissenschaften Schweiz: **Yves Flückiger**, Präsident; **Marianne Bonvin Cuddapah**, Geschäftsführerin
- ETH-Rat: **Michael Hengartner**, Präsident
- Schweizerische Agentur für Innovationsförderung Innosuisse: **Gérald Walti**, Vizedirektor
- Schweizerischer Nationalfonds (SNF): **Torsten Schwede**, Präsident des Forschungsrates; **Angelika Kalt**, Direktorin
- swissuniversities (Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Schweizer Hochschulen): **Andrea Schenker Wicki**, Rektorin Universität Basel und Vizepräsidentin swissuniversities; **Crispino Bergamaschi**, Direktionspräsident FHNW; **Martina Weiss**, Generalsekretärin

Das Netzwerk FUTURE dankt Ihnen für Ihre Anmeldung per E-Mail an petra.studer@netzwerk-future.ch.

MEDIZINSTUDIUM

Genügend Ärztinnen und Ärzte ausbilden

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) hat eine im Nationalrat bereits angenommene Motion beraten, die den Bundesrat auffordert, eine gesetzliche Grundlage vorzulegen, um die Ausbildung einer ausreichenden Anzahl von Ärztinnen und Ärzten in der Schweiz

zu gewährleisten. Mit 8 zu 2 Stimmen empfiehlt die WBK-S ihrem Rat die Annahme der Motion. Diese zielt darauf ab, die Anzahl der Ausbildungsplätze und der Praktika in Humanmedizin an den Universitäten und in den Spitälern zu erhöhen. Angesichts des Hausärztemangels soll ein besonderes Augenmerk auf die Ausbildung von Allgemeinmedizinerinnen und -medizinern gelegt werden. Eine Minderheit der WBK-S beantragt, das Geschäft abzulehnen, weil die vom Bundesrat initiierten Massnahmen bereits umgesetzt würden und die Frage in den Zuständigkeitsbereich der Kantone falle. Der Ständerat wird die Motion in der dritten Sessionswoche beraten.

MOVETIA

WBK-S tritt weiterhin nicht auf Gesetzesrevision ein

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) beschloss zum zweiten Mal, nicht auf die Revision des Movetiagesetzes einzutreten. Diese sieht vor, Movetia, die nationale Agentur für die Förderung von Austausch und Mobilität im Bildungsbereich, in eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt umzuwandeln. Damit würde die Agentur mehr Autonomie erhalten. Die Mehrheit der WBK-S ist der Ansicht, dass eine solche Änderung nicht notwendig ist, da sich die Agentur in ihrer derzeitigen Rechtsform bewährt habe. In der Wintersession 2024 hatte der Nationalrat die Gesetzesrevision mit 125 zu 53 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Der Ständerat wird sich zu Beginn der Frühjahrssession zum zweiten Mal mit der Vorlage befassen. Sollte er erneut für Nichteintreten votieren, wäre die Gesetzesrevision gescheitert.

GVO-ANBAU

WBK-N will das Moratorium um fünf Jahre verlängern

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) hat sich mit ihrer parlamentarischen Initiative zur Verlängerung des Gentechnik-Moratoriums befasst. Dabei folgte die WBK-N mit 18 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen einem Antrag des Bundesrates, welcher das per 31. Dezember 2025 auslaufende Moratorium bis 2030 verlängern will. Grund dafür ist das Vermeiden einer Rechtslücke zwischen dem Auslaufen des Moratoriums und dem Inkrafttreten eines Spezialgesetzes für die Regelung von neuen Züchtungsmethoden. Zum Spezialgesetz soll im Sommer 2025 eine Vernehmlassung durchgeführt werden. Der Nationalrat wird das Geschäft in der ersten Sessionswoche behandeln.

FACTS & FIGURES

Schweizer Hochschulen liegen bei internationalen Patenten vorne

Bei der Anzahl der internationalen Patentanmeldungen pro 100'000 Studierende belegt die Schweiz von fünfzehn im Zeitraum 2017 bis 2021 analysierten Ländern den ersten Platz. Dies geht aus einem Bericht des Instituts der deutschen Wirtschaft hervor. Wie die Grafik zeigt, verzeichnen die Schweizer Hochschulen und ihre angegliederten Einrichtungen im Beobachtungszeitraum 267 Patentanmeldungen je 100'000 Studierende. Israel folgt dicht dahinter mit 259 Anmeldungen, Belgien belegt mit 250 Patentanmeldungen den dritten Platz. Deutschland liegt mit 92 Patentanmeldungen auf dem achten Platz, direkt hinter den USA. Diese Zahlen bestätigen die Schlüsselrolle der Schweizer Hochschulen bei technologischen Innovationen auf internationaler Ebene.

Internationale Patentanmeldungen aus dem Hochschulbereich (2017–2021)

